

Die dänische Regierung hat sich mit anderen Parteien darauf verständigt, rund 4 Millionen Nerze zu exhumieren, die vor wenigen Wochen wegen einer bei der Tierart festgestellten Coronavirus-Mutation getötet worden waren.



Nerz auf einer Pelztierfarm. (Foto: Dzīvnieku brīvība, CC BY 2.0)

Insgesamt sind nach dem Befund landesweit 15,5 Millionen Nerze gekeult worden. Etwa ein Viertel davon wurde im Grabensystem eines Militärgeländes bei Holstebro in Westdänemark „beigesetzt“.

Die Probleme daran: Einerseits haben die Behörden unterschätzt, dass sich in den Körpern der verwesenden Tiere gefährliche Gase bilden. Etliche Nerze blähten sich hierdurch derart stark auf, dass sie aus den Gräben wieder nach oben an die Oberfläche gedrückt wurden.

Andererseits befindet sich der Militärbereich in unmittelbarer Nähe einer Trinkwasserquelle und eines Badesees, was unter den Anwohnern der Region zusätzliche

Besorgnis hervorgerufen hat.

Letztlich reifte schnell die politische Einsicht, dass der Ort für das Vergraben der getöteten Tiere nicht gut gewählt war. Insofern war und ist die Exhumierung der gut 4 Millionen Nerze unumgänglich.

Man wolle dadurch eine mögliche Umweltkatastrophe vermeiden, heißt es aus Regierungskreisen. Jedoch wird die geplante Verbrennung der Kadaver noch bis fast Mitte 2021 auf sich warten lassen.

Früher geht es nicht, da mit dem massenhaften Ausgraben der Tiere ein erhöhtes COVID-19-Infektionsrisiko einhergehen würde, das sich im Erdboden erst langsam abbauen muss.

Im Grunde ist die ganze Angelegenheit ein gewaltiges Polit-Fiasko, was sich auch aus den Worten des zuständigen Ministers heraushören lässt.

„Sechs Monate sind eine lange Zeit, und wir alle hätten es gerne deutlich schneller gesehen“, teilte der dänische Landwirtschaftsminister Rasmus Prehn in einer öffentlichen Erklärung mit.

Aber, so Prehn weiter, „es ist nun mal die sicherste Lösung, da wir vermeiden wollen, dass sich das Personal während der Ausgrabungen einem erhöhten Infektionsrisiko aussetzt.“

Und nicht nur das, die Tiere müssen nach der Ausgrabung über teils viele Kilometer in Müllverbrennungsanlagen gebracht werden. Würde das sofort geschehen, käme es einem Seuchenzug durchs ganze Land gleich.

Damit die Böden in der Region um Holstebro in der Zwischenzeit nicht zu stark kontaminiert werden, ist die dänische Umweltschutzbehörde nun angehalten, die Situation engmaschig zu überwachen. Und zudem Wege zu finden, um den Schaden fürs Grundwasser so gering wie möglich zu halten.

So jedenfalls teilte es die Behörde zu Beginn dieser Woche mit. Erste Untersuchungen hätten bereits begonnen, heißt es weiter. Die Bewohner der Region um Holstebro werden es aufmerksam weiterverfolgen – und mit Sorge.

*sh*